

BR24 vom 28. September 2022; URL: <https://www.google.com/url?rct=j&sa=t&url=https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/scholz-will-russische-kriegsdienstverweigerer-aufnehmen,TIisnDl&ct=ga&cd=CAEYACoT-NzYzNjk3NzUwMzM0MTk1ODA1NTIZMTVjNmZkZWnhZGZkZmI5YjpkZTpkZTpERQ&usg=AOvVaw2D1VLURs-mPC5RXFZfAObf0>



Bundeskanzler Olaf Scholz will Russen, die nicht im Krieg gegen die Ukraine kämpfen wollen, in Deutschland aufnehmen.
Bildrechte: dpa-Bildfunk/Kay Nietfeld

Schlagwörter

- [Wladimir Putin](#) 1483
- [Kriegsdienstverweigerung](#) 6
- [Kreml](#) 239
- [Deserteur](#) 6
- [Teilmobilmachung](#) 12
- [Ukraine-Krieg](#) 1323
- [Olaf Scholz](#) 859

Scholz will russische Kriegsdienstverweigerer aufnehmen

Wegen Putins Teilmobilmachung flüchten momentan tausende Russen, die nicht im Krieg gegen die Ukraine kämpfen wollen, ins Ausland. Bundeskanzler Scholz will sie in Deutschland aufnehmen. Die Teilmobilmachung sieht er als einen "Akt der Verzweiflung".

Von



[Mirjam Lengenfelder](#)

Knapp eine Woche nach der von Russlands Präsident Wladimir Putin verkündeten Teilmobilmachung haben weit über 100.000 Russen ihr Land in alle Richtungen verlassen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat nun angekündigt, dass er diejenigen, die nicht im Krieg gegen die Ukraine kämpfen wollen, in Deutschland aufnehmen will.

- [Aktuelle Nachrichten zum Russland-Ukraine-Krieg im News-Ticker](#)

Deutschland bereit für Aufnahme – Uneinigkeit dagegen in der EU

"Ich bin dafür, diesen Menschen Schutz anzubieten", sagte der SPD-Politiker der "Neuen Osnabrücker Zeitung". "Natürlich müssen sie vorher eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen, damit wir wissen, wen wir in unser Land lassen", ergänzte der Kanzler.

Zuvor hatte die Bundesregierung angekündigt, sie wolle auf europäischer Ebene eine gemeinsame Linie zum Umgang mit russischen Kriegsdienstverweigerern erreichen. Die Positionen innerhalb der EU gehen bei dem Thema jedoch teils weit auseinander. Während Deutschland und Frankreich Aufnahmefähigkeit signalisieren, sprechen sich baltische Staaten und Finnland scharf dagegen aus. Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis schrieb auf Twitter, dass sein Land jenen, "die nur vor der Verantwortung davonlaufen", kein Asyl gewähren werde. "Die Russen sollten bleiben und kämpfen. Gegen Putin."

Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis ist gegen die Aufnahme russischer Deserteure.

Ich möchte eingebundene Tweets in BR24 sehen. Hierbei werden personenbezogene Daten (IP-Adresse o.ä.) an Twitter übertragen. Diese Einstellung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft in der Datenschutzerklärung durch Anklicken des Opt-Out-Buttons geändert werden.

Lettischer Außenminister sieht "beträchtliche Sicherheitsrisiken"

Der lettische Außenminister Edgars Rinkevics sagte, der Exodus stelle "beträchtliche Sicherheitsrisiken" dar. Die Flüchtenden könnten nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, weil sie nichts getan hätten, als Russland am 24. Februar in der Ukraine einzuschreiten. Viele hätten "kein Problem mit dem Töten von Ukrainern gehabt, sie haben damals nicht protestiert", twitterte er. Er fügte hinzu, es gebe für sie "viele Länder außerhalb der EU", in die sie gehen könnten.

Finnland erklärte, es beabsichtige eine erhebliche Einschränkung der Einreisen von Russen über seine Grenze mit Russland. Ein Oppositionspolitiker, Petteri Orpo, bezeichnete die russischen Reservisten als offensichtliches Sicherheitsrisiko und betonte: "Wir müssen unsere nationale Sicherheit an erste Stelle setzen."

Fast 100.000 Russen nach Kasachstan ausgereist - Staus an georgischer Grenze

Kremlchef Putin will rund 300.000 Reservisten einziehen lassen, um nach den Niederlagen der russischen Armee in der Ukraine die dort noch besetzten Gebiete zu halten. Putin hatte deshalb vor einer Woche – sieben Monate nach dem Einmarsch in die Ukraine – eine Teilmobilisierung angeordnet. Bei vielen Russen löste das Panik aus.

- Zum Artikel: "[Warnschüsse bei Demos gegen Mobilisierung in Russland](#)"

Viele russische Männer versuchen seitdem, ins Ausland zu fliehen. Allein in Kasachstan sollen seit der Ankündigung 98.000 russische Staatsbürger eingereist sein. Auch nach Georgien versuchten tausende Russen zu gelangen. An der Grenze südlich von Wladikawkas stauten sich nach Angaben der regionalen Behörden gestern rund 5.500 Fahrzeuge, darunter etwa 3.600 Personenwagen. Das Innenministerium der russischen Teilrepublik Nordossetien erlaubte den Menschen, die Grenze zu Fuß zu überqueren.



Langer Stau nahe der russischen Grenze zu Georgien: Regionale Behörden sprechen am Dienstag von 5.500 Autos. Bildrechte: dpa-Bildfunk/Uncredited

Frontex: 30 Prozent mehr Russen reisen in die EU ein

Laut der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind in der vergangenen Woche 66.000 Russen in die Europäische Union (EU) eingereist. Das sei ein Anstieg um mehr als 30 Prozent im Vergleich zur Vorwoche, teilt die Behörde mit. Die meisten Russen seien in Finnland und Estland angekommen. Falls Russland die Grenze für Wehrfähige schließen sollte, sei mit einer Zunahme von illegalen Grenzübertritten zu rechnen.

Das Bundesinnenministerium kann keine genaue Zahl der Einreisen von Russen seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine am 24. Februar nennen, da an den Binnengrenzen zu Deutschland keine regulären Grenzkontrollen stattfinden. Einen Anhaltspunkt böten die gestellten Asylanträge, heißt es. Im Zeitraum 1. März bis 31. August 2022 wurden laut Ministerium insgesamt 989 Asylerstanträge von russischen Staatsangehörigen erfasst.

Scholz: "Putin reiht Fehler an Fehler"

Bundeskanzler Scholz sieht in Putins Teilmobilmachung einen "Akt der Verzweiflung und eine etwas panische Reaktion auf die Misserfolge der russischen Streitkräfte in der Ostukraine". Das sorge für erhebliche Unruhe in Russland. "Putin reiht Fehler an Fehler", sagte der Kanzler im Interview mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Der russische Präsident "könne diesen Krieg sofort beenden, indem er seine Truppen zurückzieht und danach auf Gespräche mit Kiew setzt".

Europäische Perspektiven

BR24 wählt regelmäßig Inhalte von unseren europäischen öffentlich-rechtlichen Medienpartnern aus und präsentiert diese hier im Rahmen eines Pilotprojekts der Europäischen Rundfunkunion.

- Zum Artikel: "[EBU-Projekt Europäische Perspektiven](#)"

BR24 wählt regelmäßig Inhalte von unseren europäischen öffentlich-rechtlichen Medienpartnern aus und präsentiert diese hier im Rahmen eines Pilotprojekts der Europäischen Rundfunkunion.

Ich möchte eingebundene Inhalte von der European Broadcasting Union (EBU) in BR24 sehen. Hierbei werden personenbezogene Daten (IP-Adresse o.ä.) an die EBU übertragen. Diese Einstellung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft in der Datenschutzerklärung durch Anklicken des Opt-Out-Buttons geändert werden.

"Hier ist Bayern": Der BR24 Newsletter informiert Sie immer montags bis freitags zum Feierabend über das Wichtigste vom Tag auf einen Blick – kompakt und direkt in Ihrem privaten Postfach. [Hier geht's zur Anmeldung!](#)